



BERLININFO

NR. 10

10. Juni 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

„Jeder, der durch Drohungen Druck auf einzelne Abgeordnete auszuüben versucht, muss wissen, er greift das ganze Parlament an. Dass ein demokratisch gewählter Staatspräsident im 21. Jahrhundert seine Kritik an demokratisch gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Zweifeln an deren türkischer Abstammung verbindet, ihr Blut als verdorben bezeichnet, hätte ich nicht für möglich gehalten.“

So hat Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert auf die Reaktion vom türkischen Präsidenten Erdogan und Teilen der türkischen Medien reagiert. Dem ist nichts hinzuzufügen. Hier können Sie den Beitrag nochmal in voller Länge sehen:

<http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw23-lammert/426946>

Ihre 

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Jugend und Parlament

Vom 4.6. bis 7.6. hatten 300 Jugendliche wieder die Möglichkeit am Planspiel Bundestag teilzunehmen. Mit dabei war diesmal Simon Schneider aus der Grafschaft, der für vier Tage die Aufgaben eines Abgeordneten simulieren durfte. Die Fraktion dürfen sich die Jugendlichen nicht aussuchen, aber sonst ging es heiß her bei Gesetzesvorschlägen und Fraktionssitzungen. Simon Schneider hatte dazu noch das Glück Herrn Dr. Kraemer, Managing Director bei Standard & Poor´s kennen zu lernen, der zu einem Gespräch bei mir war. Falls Sie im Umfeld einen oder mehrere Jugendliche haben, bei denen Sie sagen, „hey der hat Lust auf Politik“, finden Sie hier weitere Infos zu dem Planspiel Bundestag:



http://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_bundestag/JuP16/JuP_2016/index.jsp

Hochwasserkatastrophe im Wahlkreis

Sehr erschrocken über das Ausmaß der Unwetterkatastrophe in der Gemeinde Grafschaft waren mein Kollege, der CDU-Landtagsabgeordnete Horst Gies, und ich am letzten Sonntag in der Grafschaft. Wir informierten in Ringen, Niederich und Nierendorf über die großen Schäden, die der heftige Starkregen am Samstagnachmittag verursacht hatte. Zuvor unterrichtete der Grafschafter Bürgermeister Achim Juchem im Rathaus uns über den Stand der Dinge. In zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen und Helfern bekamen wir einen Eindruck von der Schnelligkeit und Heftigkeit des Wassereintruchs in das Grafschafter Dorf. Wir waren auch tief beeindruckt von der unermüdlichen Hilfeleistung der zahlreichen Mitglieder von Feuerwehr, THW, Rotem Kreuz und vielen Freiwilligen. Die Folgen dieser Katastrophe für die Betroffenen und die Kommunen werden aber allein nicht zu tragen sein. Das Land Rheinland-Pfalz muss hier im Bereich der Ersthilfe für die geschädigten Mitbürgerinnen und Mitbürger tätig werden. Auch die Kommunen benötigen im Anschluss Hilfe bei den Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig angepackt werden müssen, um alle Möglichkeiten der Hochwasservorsorge zu treffen.

Die Unwetter in Deutschland haben uns in dieser Woche auch im Bundestag nicht losgelassen. In einer „aktuellen Stunde“ gab es einen breiten Konsens Nothilfen bereit zu stellen. Es gilt jetzt, diese schnellstmöglich bereit zu stellen. Um Gefahren durch Starkregen zukünftig besser zu vermeiden, ist es wichtig das 2. Hochwassergesetz umzusetzen. Darin ist vorgesehen: Mehr Raum für Flüsse und gezielte Prävention in den Gebirgen wo das Wasser entsteht. Ein großer Dank gilt den freiwilligen Helfern und der Bundeswehr, Deutschland hat sich bei den Hilfen wieder von seiner besten Seite präsentiert.



**Klasse der Don-Bosco-Schule
Bad Neuenahr-Ahrweiler**

Gäste der Woche bei mir in Berlin



**Ärzte
aus
Rheinland Pfalz**



Klasse der St. Thomas Realschule Plus Andernach

Hochachtung gilt dem Bundespräsidenten

Mit Bedauern, aber auch Verständnis haben wir die Entscheidung unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Kenntnis genommen, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Seine Erklärung ist von Verantwortungsgefühl, aber auch von Menschlichkeit getragen.

Wir sind dankbar für den Dienst, den der Bundespräsident bislang für unser Land geleistet hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass Joachim Gauck auch den Rest seiner Amtszeit so gestalten wird wie die ersten vier Jahre. Joachim Gauck ist ein Staatsmann, der das Land immer wieder zusammenführt, aber auch unserer Nation eine Richtung weist. Ihm liegt das Wohl der Menschen und die Zukunft Deutschlands am Herzen.



Der Respekt vor dem Amt, aber auch gegenüber der Person Joachim Gaucks gebietet es, sich zu diesem Zeitpunkt nicht an öffentlichen Spekulationen über die Nachfolge zu beteiligen. Es geht schließlich um das höchste deutsche Staatsamt, das Joachim Gauck gegenwärtig in so hervorragender Art und Weise ausfüllt.

Keinen Schlussstrich unter DDR-Unrecht

Der Name Joachim Gaucks bleibt auch mit der Stasi-Unterlagen-

behörde verbunden, die ihre Arbeit am 3. Oktober 1990 aufnahm und im Volksmund bald seinen Namen trug. In dieser Woche beraten wir einen Antrag zu ihrer Zukunft. Wir wissen dabei um die besondere Verantwortung, die gerade die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für die Anliegen, für die Nöte und Sorgen der Opfer der SED-Diktatur trägt. Wie keine andere politische Kraft steht die Union für die Aufklärung des SED-Unrechts und für eine Entschädigung der Opfer dieses Regimes.

Für uns steht fest: Es kann keinen Schlussstrich unter den Unrechtsstaat der DDR geben. Dies stellen wir auch mit der Wiederwahl Roland Jahns zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik sicher.

Europaweite Zusammenarbeit gegen den Terror

Ganz Europa und damit auch Deutschland steht im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Die jüngste Festnahme dreier potentieller Attentäter, die in Düsseldorf einen Selbstmordanschlag geplant haben sollen, ist nach den Anschlägen in Brüssel, Paris und Istanbul ein weiterer Beleg dafür, dass wir potentielle Gefährder genau im Blick haben müssen. Die Festnahme zeigt, wie wichtig eine europaweite Zusammenarbeit gegen den Terror ist. Sie muss nun weiter verbessert und ausgebaut werden. Denn auch die Zahl der Personen in unserem Land, denen ein terroristischer Anschlag zugetraut wird, ist deutlich gewachsen und liegt mittlerweile bei fast 500 Personen.

Um gefährliche internationale Netzwerke aufdecken zu können, ist ein enger Austausch mit ausländischen Nachrichtendiensten unabdingbar. Wenn Terrororgani-

sationen sich international vernetzen, dann müssen sich auch Sicherheitsbehörden besser vernetzen. Mit dem Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Austausch von Informationen entscheidend zu verbessern.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann zukünftig mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien betreiben, etwa um Reisebewegungen von Dschihadisten zu erkennen und gewalttätige Bestrebungen nach der Rückkehr aus Kampfgebieten besser erfassen zu können. Zugleich treten wir der anonymen Nutzung von Pre-Paid-Karten entgegen, die bei der Kommunikation in kriminellen und terroristischen Strukturen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt.

Die Anbieter solcher Karten müssen künftig die Identität ihrer Kunden, zu deren Erhebung sie bereits jetzt verpflichtet sind, anhand von Identitätsdokumenten überprüfen. Zur Verbesserung des Kampfes gegen die Schleuserkriminalität erhält die Bundespolizei zur Gefahrenabwehr die Möglichkeit, verdeckte Ermittler einzusetzen. Diese sollen einen besseren Zugang in die oftmals sehr abgeschotteten Strukturen der hoch konspirativ arbeitenden Schleuserorganisationen ermöglichen. Außerdem werden die Möglichkeiten der Überwachung gefährlicher Straftäter nach der Haftentlassung erweitert.

Nachdem wir national und europäisch bereits verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen haben, werden wir auch dieses Anti-Terror-Gesetz im parlamentarischen Verfahren zügig behandeln. Maßnahmen, die unsere Bürger besser schützen, haben höchste Priorität.

Daten und Fakten

Mehr Bildungsaufsteiger. Wissenschaftler des IW Köln haben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland untersucht und kritisieren dabei insbesondere Methodik und Ergebnisse des letzten OECD-Bildungsberichts, wonach es in Deutschland 2012 mehr Bildungsabsteiger (mit einem niedrigeren Bildungsstand als die Eltern) als -aufsteiger gegeben haben soll. Sie plädieren dafür, anstatt den Elternteil mit dem höchsten Bildungsabschluss als Referenz heranzuziehen, den durchschnittlichen Bildungsstand beider Elternteile zu betrachten. Die so durchgeführten Berechnungen ergeben, dass im Jahr 2012 41,4 Prozent der 30- bis 40-jährigen als Bildungsaufsteiger, 17,9 Prozent als Bildungsabsteiger zu klassifizieren sind. Die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten geringe Differenz zwischen Bildungsauf- und absteigern führen sie auf das generell höhere Bildungsniveau in Deutschland zurück, das weitere Aufstiege schwieriger mache. Gleichzeitig sei es gerade in Deutschland möglich, mit einem mittleren Bildungsabschluss gute Beschäftigungs- und Einkommenschancen zu haben.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung)

Regelstudienzeit plus zwei Semester. Im Prüfungsjahr 2014 erwarben 40 Prozent der Hochschulabsolventen ihren Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit. Insgesamt schlossen 410.500 Studierende erfolgreich ein Erst- oder Zweitstudium oder konsekutives Masterstudium ab. Bachelor-Abschlüsse wurden dabei zu 46 Prozent innerhalb der Regelstudienzeit erlangt, Masterabschlüsse zu 34 Prozent. Meist beträgt die Zusatzdauer ein oder zwei Semester: In diesem Zeitraum wurden 85 Prozent der Bachelor- und 87 Prozent der Masterabschlüsse erworben. Im Vergleich einiger Studienbereiche mit hohen Absolventenzahlen verzeichneten Biologie (56 Prozent) und Erziehungswissenschaften (59 Prozent) die höchsten Anteile an Bachelor-Abschlüssen innerhalb der Regelstudienzeit. Bei den Master-Abschlüssen lagen die höchsten Anteile bei den Studienbereichen Wirtschaftswissenschaften (38 Prozent), Erziehungswissenschaften (37 Prozent) und Biologie (36 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Krankenhäuser unter Druck. Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Deutschland hat sich im letzten Jahr leicht verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger unter Vorständen und Geschäftsführern der 400 größten deutschen Krankenhäuser. Trotz steigender Umsätze schrieben jedoch in 2015 immer noch 30 Prozent der Krankenhäuser Verluste. Mittelfristig gehen sogar mehr als 70 Prozent von einer Eintrübung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus, weshalb 75 Prozent der Betreiber planen, die Wirtschaftlichkeit in den nächsten Jahren weiter zu verbessern. Als größte Herausforderungen gelten dabei die konkrete Umsetzung geeigneter Restrukturierungsmaßnahmen (fast 90 Prozent), die ausgewogene Balance zwischen Medizin und Ökonomie (69 Prozent) sowie das Überwinden von Widerständen auf Seiten der Mitarbeiter (71 Prozent). Zwar haben 79 Prozent der Befragten auch Maßnahmen zur Digitalisierung berücksichtigt, jedoch profitieren bislang nur 17 Prozent wirtschaftlich von der Umsetzung.

(Quelle: Krankenhaus-Restrukturierungsstudie 2016)

